

Antragsbuch



**Landeskongress,
Aschersleben, 23.09.2023**

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	3
So funktioniert der Landeskongress	4
So beteiligst du dich an der Diskussion	5
Bericht des Landesvorsitzenden	6
Anträge	8
<i>L 01: Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2024</i>	<i>8</i>
<i>A 01: Für neue Wege in der Psychotherapie</i>	<i>19</i>
<i>A 02: Papierlose Arbeitsweise in der Landesregierung</i>	<i>20</i>
<i>A 03: Lebensmittelverschwendung eindämmen, Selbstbestimmung beim Einkauf</i>	<i>21</i>
<i>A 04: Gebührenfreier Personalausweis statt eines kassierenden Bürokratiestaates</i>	<i>22</i>
<i>A 05: Die Farbe deiner Parkscheibe ist...uns doch egal!</i>	<i>23</i>
<i>A 06: Auf den Inflation Reduction Act mit Marktwirtschaft und Freihandel antworten</i>	<i>24</i>
<i>A 07: Geschenkt ist geschenkt – Gegen eine Besteuerung von Schenkung und Erbschaft</i>	<i>26</i>
<i>A 08: Und der Markt macht es doch allein – Gegen eine Buchpreisbindung</i>	<i>27</i>
<i>A 09: Grundlagen für den zügigen Ausbau von Ladeinfrastruktur im städtischen Gebiet schaffen - Markt und Anreize statt Verbote und Vorgaben</i>	<i>28</i>

Tagesordnung

Bis 10:00 Uhr | Anreise und Anmeldung

10:00 | Kongressbeginn

1. Formalia
 - a. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Ladung
 - b. Wahl eines Tagungspräsidium
 - c. Wahl einer Zählkommission
 - d. Wahl der Protokollführung
 - e. Festlegung der Antragsreihenfolge
2. Bericht des Landesvorstandes
3. Aussprache
4. Wahlen
 - a. Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
5. Antragsberatung
 - a. Ggf. Satzungsänderungsanträge
 - b. Ggf. Geschäftsordnungsänderungsanträge
 - c. Beratung von Sachanträgen

ca. 13:00 Uhr | Mittagspause

Im Anschluss: Fortführung mit TOP 5 – Antragsberatung

6. Verschiedenes
7. Schlusswort des Vorsitzenden

17:00 | Ende des Kongresses

Grußworte werden in den Zählpausen zum Alex-Müller-Verfahren sowie zu den Delegiertenwahlen abgehalten

So funktioniert der Landeskongress

Was ist der Landeskongress?

Der Landeskongress ist das höchste Beschlussgremium der Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt, zudem alle JuLis des Landes geladen werden. Bei den halbjährlichen Treffen werden alle wichtigen Belange des Verbandes besprochen, z.B. die Wahl des Landesvorstandes oder die Antragsberatung.

Wie läuft der Landeskongress ab?

Der Landeskongress kann natürlich genutzt werden, um JuLis aus Sachsen-Anhalt kennenzulernen. Er besteht aber auch aus gewissen Formalien: Es werden Grußworte gehalten, ein Tagungspräsidium wird gewählt, das den Landeskongress leitet und eine Zählkommission, die bei Wahlen und Abstimmungen die Stimmen zählt. Anschließend kommen wir zur Antragsberatung, bei der wir die Möglichkeit haben, über Inhalte zu beraten und diese zu beschließen.

Wie kann ich eine programmatische Idee umsetzen?

Um dich inhaltlich einzubringen, schreibst du einen Antrag und schickst ihn an den Landes-programmatiker. Danach wird er auf dem Landeskongress behandelt. Ein Antrag besteht aus 3 Teilen: Einer passenden Überschrift, dem Antragstext mit deiner Forderung und der Begründung. Wir helfen dir gerne beim Schreiben deiner ersten Anträge.

Wie werden Anträge beschlossen?

Zunächst wird ein Antrag aufgerufen. Der Antragssteller erklärt und begründet ihn. Es folgen Wort-meldungen von anderen JuLis, die sich entweder für den Antrag aussprechen oder ihn kritisieren. Sind alle Argumente ausgetauscht, werden Änderungsanträge beraten. Das sind Anträge, die den Antrag an einigen Stellen verändern wollen. Auch hier finden zu jedem Änderungsantrag eine Begründung und Diskussion statt. Schließlich werden die Änderungsanträge abgestimmt und am Ende über den Gesamtantrag entschieden.

Wie bringe ich dringende Anträge nach der Antragsfrist ein?

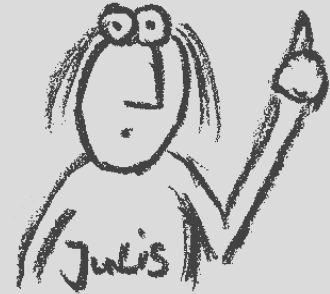
Dringlichkeitsanträge können abweichend von der normalen Frist zum Landeskongress gestellt werden. Allerdings muss der Landeskongress bestätigen, dass sie als dringlich gelten. Bitte bring diese Anträge in ausreichender Stückzahl zum Landeskongress mit und sende ihn an den Landes-programmatiker.

So beteiligst du dich an der Diskussion

Wortmeldung

Anliegen: Ich möchte gerne auch zu dem aktuellen Thema sprechen.

Anleitung: Hebe einen Arm senkrecht in die Höhe (bitte solange, bis das Präsidium auf dich aufmerksam geworden ist und dich auf die Rednerliste notiert hat)

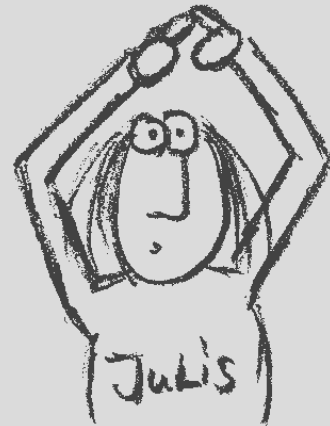


Zwischenfrage

Anliegen: Ich möchte dem Redner/der Rednerin gerne eine Zwischenfrage stellen.

Anleitung: Führe beide Hände über dem Kopf zusammen, so dass ein Dach entsteht. Warte auf den Aufruf durch das Präsidium. Höflich ist auch, wenn man zum Stellen der Frage aufsteht und auch bei der Beantwortung stehen-bleibt.

ABER: Der Redner muss deine Zwischenfrage nicht zulassen.



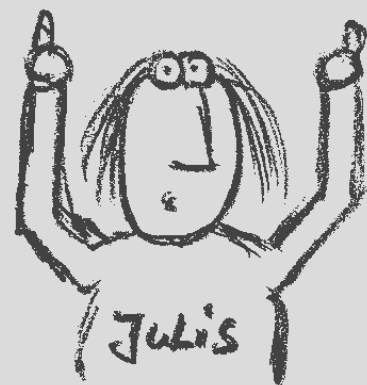
Antrag auf Geschäftsordnung

Anliegen: Ich möchte gerne den Beratungsablauf verändern.

Anleitung: Hebe beide Arme senkrecht in die Höhe und warte auf den Aufruf.

Gibt es keine Gegenrede zu einem Geschäftsordnungsantrag, gilt dieser als beschlossen.

Denkbare Geschäftsordnungsanträge: Schluss der Rednerliste, sofortige Abstimmung, Verkürzung bzw. Verlängerung der Redezeit, Antrag auf geheime Abstimmung etc.



Bericht des Landesvorsitzenden

Liebe JuLis,

ein weiteres halbes Jahr ist vorbei. Insgesamt denke ich, können wir mit der Arbeit des Landesvorstandes zufrieden sein. Ich möchte euch deshalb einen kurzen Überblick darüber geben, was wir so alles gemacht haben und was im kommenden halben Jahr unsere weiteren Ziele sind.

Programmatische Arbeit

Wie angekündigt können wir zu diesem Kongress unser Kommunalwahlprogramm präsentieren und diskutieren. Ich möchte mich an der Stelle bei allen bedanken, die daran mitgearbeitet und mitgewirkt haben. Ich denke, wir konnten in der Breite viele Themen abdecken, die uns vermutlich auch zur Kommunalwahl begleiten werden.

Im kommenden halben Jahr haben wir dann wieder mehr Zeit und Kapazitäten für eure Themen und Vorschläge. Dazu werden wir weitere Sitzungen unseres Landesarbeitskreises abhalten und mindestens einen, vielleicht aber auch zwei LAKs in Präsenz durchführen.

Organisation

Zur Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms haben wir einen LAK in Präsenz durchgeführt und anschließend in Magdeburg ein kleines Sommerfest gefeiert. Da dies bei euch gut ankam, wollen wir dies in Zukunft häufiger machen. Im November planen wir einen weiteren LAK in Präsenz, zu welchem wir gerne im Anschluss mit euch gemeinsam Bowlen gehen wollen. Dazu kommen zeitnah alle weiteren Informationen.

Ebenfalls soll es auch in diesem Jahr wieder einen Jahresabschluss/eine Weihnachtsfeier geben. Dort befinden wir uns aktuell in den Planungen. Wie in jedem Jahr wollen wir dabei das Jahr mit euch gemeinsam ausklingen lassen und uns final auf die Kommunalwahlen, die Europawahl sowie die anstehenden Landtagswahlen in den benachbarten Bundesländern einstimmen.

Presse und Social Media

Im Bereich Social Media sind wir weiterhin bemüht, regelmäßige Postings durchzuführen. Durch die Umstellung auf das neue CD des Bundesverbandes gibt es dort mit Sicherheit noch Verbesserungspotenzial, aber ich bin optimistisch, dass wir mit dem angekündigten Kachelgenerator noch besser und regelmäßiger aktiv sein werden.

Ebenfalls sind wir aktuell dabei, offensiv in der Öffentlichkeit für unsere Forderung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie einzustehen. Leider gab es dort

einen Kompromiss in der Landesregierung, welchen wir nicht unterstützen können, da sich die Regierung darauf verständigt hat, lediglich eine Regierungskommission einzusetzen.

Verbandsentwicklung

Im letzten halben Jahr konnten wir ebenfalls einen neuen Kreisverband gründen. Wir sind sehr glücklich, nun auch wieder in der Altmark vertreten zu sein und freuen uns auf die kommende Zusammenarbeit. Damit sind wir in jedem Fall wieder flächendeckender aktiv und Präsent. Dies wollen wir auch in Zukunft weiter ausbauen und uns darum bemühen, auch die letzten weißen Flecken zu füllen.

Die Mitgliederzahlen sind stabil mit einer leichten Tendenz zur Steigung. Insgesamt sind wir aktuell 152 Mitglieder. Ziel sollte es sein, auch dort im kommenden Jahr mit den Wahlkämpfen weiter zu wachsen.

Die finanzielle Situation ist ebenfalls stabil, Rücklagen für die Kommunalwahl sowie die in 2026 anstehende Landtagswahl wurden gebildet.

Weitere Planungen für das kommende halbe Jahr

In den kommenden Wochen und Monaten werden die FDP Kreisverbände ihre Kandidaten zur Kommunalwahl aufstellen. Dort werden wir als Landesverband die JuLi-Kandidaten unterstützen. Ziel muss es sein, dass viele JuLis in die Kommunalparlamente einziehen, um sich auch auf dieser Ebene für die liberale Sache einzusetzen.

Ebenfalls sind wir aktuell in den Planungen zu einer Neuauflage des Ost-PPWs, welches aller Voraussicht nach in Leipzig stattfinden soll. Dabei wird für jeden etwas dabei sein. Sei es Programmatik, nützliche Skills für den Wahlkampf oder auch ein Neumitgliederseminar. Sobald es auch dazu genauere Informationen gibt, werden wir uns bei euch melden.

Das Fazit von mir ist also, dass wir uns weiter professionalisieren konnten, aber mit Sicherheit auch noch nicht da sind, wo wir sein könnten. Ich freue mich auf das kommende halbe Jahr mit euch und stehe natürlich auch gerne jederzeit für Fragen und Anmerkungen zur Verfügung!

Euer Konstantin.

Anträge

L 01: Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2024

Antragsteller: Landesarbeitskreis; Landesvorstand

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge folgendes Wahlprogramm beschließen:

1 Freiheit auch vor Ort:

2 Wahlprogramm der Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt 3 zur Kommunalwahl 2024

4 5 1. Präambel: Freiheit vor Ort!

6
7 Die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt finden am 9. Juni 2024 statt. Wir Jungen Liberalen Sachsen-
8 Anhalt wollen uns auch in der Kommune für individuelle Freiheit einsetzen. Denn auch in der Stadt und
9 auf dem Land braucht es eine aktive Stimme für eine offene Gesellschaft, moderne Entwicklungspolitik
10 und wirtschaftliche Sicherheit. Als Kraft der politischen Mitte wollen wir mit folgenden
11 zukunftsorientierten Lösungen ohne populistische Phrasen finden.

12 13 2. Bildungs- und Kulturpolitik: Für eine autonome Zivilgesellschaft!

14 15 **Schulsanierungen**

16 Wir sehen überall sanierungsbedürftige Schulen. Wir erkennen dabei an, dass die Sanierungsbedürfnisse
17 der Schulen unterschiedlich groß sind und fordern eine Modernisierung und Digitalisierung der
18 Bildungseinrichtungen. Die Kommunen sollen ihrer Verantwortung nachkommen und die Schulen in einen
19 zeitgemäßen Zustand bringen, insbesondere in Bezug auf die digitale Ausstattung. Gleichzeitig appellieren
20 wir an das Land, seinen Beitrag zu leisten.

21 Des Weiteren fordern wir die Förderung von "Public Private Partnerships" bei Schulsanierungen. Dabei
22 sollen private Unternehmen oder Investoren einbezogen werden, um die Modernisierung

23 voranzutreiben. Diese Partnerschaften können dazu beitragen, die finanziellen Belastungen für die
24 Kommunen zu verringern und die Sanierungsprojekte effizienter umzusetzen. Konkret bedeutet dies, dass
25 ein Bauunternehmen einen Vertrag mit der Stadt abschließt und dann für den Betrieb der Gebäude
26 verantwortlich ist. Dies hat den Vorteil, dass die finanzielle Belastung nicht sofort in vollem Umfang
27 anfällt. Stattdessen wird die Modernisierung schrittweise durchgeführt und die Kosten können über einen
28 längeren Zeitraum verteilt werden. Diese Art der Partnerschaft wurde bereits erfolgreich getestet und
29 erweist sich als vielversprechender Ansatz für die Sanierung von Schulen. Durch die Einbindung von
30 privatem Kapital und Know-how können die Projekte schneller vorangebracht werden, während die
31 Kommunen von einer verringerten finanziellen Belastung profitieren. Dies ermöglicht letztendlich eine
32 effizientere und zügigere Umsetzung von dringend benötigten Sanierungsmaßnahmen.

33 Darüber hinaus legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Priorisierung von "Brennpunktschulen".
34 Diese Schulen, die in sozialen Problemgebieten liegen oder besondere Herausforderungen haben, sollten
35 bei den Sanierungsmaßnahmen bevorzugt behandelt werden. Derzeit haben Kommunen oft den Hang,
36 bereits prestigereiche Schulen zu priorisieren. Durch gezielte Investitionen sollen die Bedingungen in
37 diesen Schulen verbessert und die Chancengleichheit der Lernenden gefördert werden.

38 Außerdem fordern wir die konsequente Umsetzung des Digitalpakts. Sie fordern, dass die finanziellen
39 Mittel, die vom Land und Bund bereitgestellt werden, effektiv genutzt werden, um die Schulen mit
40 moderner Technologie und digitalen Lernmitteln auszustatten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulen
41 in Sachsen-Anhalt in die digitale Zukunft geführt werden, um den Lernenden optimale Lernbedingungen
42 zu bieten.

43 **Vielfalt an Schulformen**

44 Wir setzen uns für eine Vielfalt an Schulformen ein, um den individuellen Bedürfnissen und Interessen
45 der Lernenden gerecht zu werden. Wir befürworten die Einrichtung und den Ausbau verschiedener
46 Schulmodelle, wobei sich hierbei auch an Schulkonzepten der freien Schulen orientiert werden soll.

47 Um das Bildungsangebot vor Ort zu bereichern, wollen wir verstärkt Kooperationen mit Vereinen,
48 Verbänden und anderen lokalen Institutionen eingehen. Durch eine enge Zusammenarbeit können wir
49 den Lernenden zusätzliche außerschulische Angebote bieten, die ihre persönlichen Interessen und
50 Talente fördern. Diese Kooperationen eröffnen neue Möglichkeiten der praktischen Erfahrung, des
51 Engagements und der persönlichen Entwicklung der Schüler.

52 Ein weiterer Schwerpunkt unserer Bildungspolitik liegt auf der Einführung neuer pädagogischer Konzepte.
53 Wir erkennen den Lehrermangel als Problem und möchten diesem entgegenwirken, indem wir den
54 Schulleitungen mehr Freiraum und Verantwortung in pädagogischen Fragen geben. Wir sind der

55 Überzeugung, dass Schulleitungen und Lehrkräfte vor Ort am besten wissen, welche pädagogischen
56 Ansätze und Methoden für ihre Schüler am effektivsten sind. Dadurch erhoffen wir eine Grundlage für
57 neue, innovative Lehrkonzepte zu schaffen.

58 Insgesamt streben wir eine lebendige Bildungslandschaft an, die den vielfältigen Anforderungen und
59 Bedürfnissen der Lernenden gerecht wird. Durch die Förderung von Schulvielfalt, Kooperationen mit
60 lokalen Partnern und neuen pädagogischen Konzepten möchten wir eine moderne und
61 zukunftsorientierte Bildung in Sachsen-Anhalt gewährleisten.

62 Des Weiteren möchten wir die Kooperation der Schulen untereinander fördern. Zudem fordern wir, die
63 Möglichkeit für Bildungsgutscheine zu prüfen.

64 **Kulturangebote**

65 Wir setzen uns für die Schaffung von Freiräumen und die Stärkung der Zivilgesellschaft ein. Wir sind der
66 Überzeugung, dass ein engagiertes Bürgertum, Vereine und Initiativen einen wertvollen Beitrag zur
67 Gestaltung einer freien Stadtgesellschaft leisten. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen,
68 um bürgerschaftliches Engagement zu fördern und Freiräume für kreative Ideen und Projekte zu
69 schaffen.

70 Um eine effektive Förderung der Kultur zu gewährleisten, möchten wir bestehende Förderprogramme
71 reflektieren und evaluieren. Es ist wichtig, die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen zu überprüfen und
72 sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen und Interessen der Kulturschaffenden und der Bevölkerung
73 entsprechen. Durch eine regelmäßige Evaluierung können wir sicherstellen, dass die Fördermittel dort
74 eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen.

75 Ein weiteres Anliegen ist es, die Verwendung von finanziellen Mitteln richtig und zielgerichtet einzusetzen.
76 Wir wollen sicherstellen, dass die Fördergelder dort investiert werden, wo sie wirklich benötigt werden
77 und einen nachhaltigen Mehrwert schaffen. Dabei ist es wichtig, die Nachfrage und Bedürfnisse der
78 Menschen vor Ort zu berücksichtigen und gezielt zu fördern. Ähnlich dem Halle-Pass, der bedürftigen
79 Personen den Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht, möchten wir gezielt unterstützen und
80 sicherstellen, dass die Förderungen und Subventionen einen positiven Effekt haben.

81 Darüber hinaus streben wir eine effizientere Verwaltungsstruktur an. Wir wollen bürokratische Hürden
82 abbauen, damit Förderanträge einfacher gestellt und bearbeitet werden können. Eine schlanke und
83 effiziente Verwaltung ermöglicht es uns, die Fördergelder effektiver einzusetzen und den administrativen
84 Aufwand zu reduzieren. Durch eine transparente und bürgernahe Verwaltung schaffen wir die Grundlage

85 für einen effizienten und zielgerichteten Einsatz der finanziellen Mittel. Der Einfluss der Kommunalpolitik
86 auf die Verwaltung der Kulturträger soll so weit wie möglich reduziert werden.

87

88 **3. Jugendpolitik und Jugendförderung: Eine Stimme für junge Menschen sein!**

89

90 **Jugendparlamente**

91 Wir befürworten die Einrichtung von direkt gewählten Jugendparlamenten und sehen dies als eine
92 Möglichkeit, die Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in kommunalen Angelegenheiten zu
93 fördern. Als Forderung setzen wir uns dafür ein, dass Jugendparlamente über ein eigenes Budget
94 verfügen, um ihre Aktivitäten und Projekte eigenständig umsetzen zu können. Durch ein eigenes Budget
95 erhalten Jugendparlamente die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorschläge konkret umzusetzen und somit
96 einen direkten Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebensräume zu nehmen.

97

98 Darüber hinaus sollten Jugendparlamente über bestimmte Kompetenzen verfügen, wie beispielsweise
99 das Antrags- und Rederecht in kommunalen Gremien. Dadurch können junge Menschen ihre Anliegen
100 und Perspektiven direkt in die politische Entscheidungsfindung einbringen und beratend tätig werden. Die
101 Einbeziehung von Jugendparlamenten in kommunale Gremien stellt sicher, dass die Stimme der jungen
102 Generation gehört und ernst genommen wird.

103

104 **Freiräume für Jugendliche**

105 Wir setzen uns dafür ein, Jugendlichen mehr Freiräume und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um
106 ihre Interessen und Kreativität ausleben zu können. Hierzu gehören folgende Maßnahmen:

107 Die Schaffung von legalen Graffitiwänden, auf denen Jugendliche ihre künstlerischen Talente entfalten
108 können. Diese Wände dienen nicht nur der kreativen Selbstexpression, sondern tragen auch dazu bei,
109 unerwünschte Graffiti an anderen Orten zu reduzieren.

110 Wir erkennen die Notwendigkeit, in der Jugendarbeit neue Konzepte zu entwickeln, da aktuelle Angebote
111 möglicherweise nicht ausreichend nachgefragt werden. Unser Ziel ist es, frische Ansätze zu finden, die
112 besser auf die Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen eingehen.

113 Die Schaffung von speziellen Räumen, in denen Jugendliche ihren Hobbys nachgehen können, steht
114 ebenfalls auf unserer Agenda. Inspiriert von erfolgreichen Beispielen wie einem Musikraum in

115 Wernigerode, möchten wir jungen Menschen die Möglichkeit bieten, ihre kreativen und musikalischen
116 Fähigkeiten auszuleben.

117 Wir streben auch die Wiederbelebung von Jugendclubs an, erkennen jedoch die Herausforderungen wie
118 hohe bürokratische Aufwände und Mietkosten. Um diese Hürden zu überwinden, setzen wir auf eine
119 Partnerschaft mit Unternehmen, die durch Spendenfonds einen Beitrag zur Finanzierung leisten können.

120 Zusätzlich möchten wir temporäre "Pop-Up" Freiräume schaffen, die durch Spenden unterstützt werden.
121 Diese vielseitig nutzbaren Räume sollen nicht nur Jugendlichen, sondern auch Vereinen eine Plattform für
122 Aktivitäten bieten und dadurch das städtische Leben bereichern.

123 Unsere Vision ist es, Jugendlichen Raum für Selbstentfaltung, Kreativität und soziale Interaktion zu geben.
124 Wir streben nach innovativen Ansätzen und kooperativen Lösungen, um das Leben in unserer
125 Gemeinschaft positiv zu beeinflussen und vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung zu
126 schaffen.

127

128 **4. Kommunalstruktur: Für Transparenz und Emanzipation!**

129

130 Wir unterstützen eine dezentrale Kommunalstruktur, die den einzelnen Stadtteilen mehr Autonomie und
131 Entscheidungsbefugnis ermöglicht. Durch eine stärkere Dezentralisierung können die Kommunen besser
132 auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen ihrer Untergliederungen eingehen.

133 Dabei setzen wir vor allem auf stärkere Bürgerbeteiligung in Form von Ortschafts- bzw. Stadtteilräten.

134 **Option:** Außerdem wollen wir vermehrt auf die Möglichkeit von Bürgerentscheiden, gerade in Fragen der
135 Kunst und der Namensgebung.

136

137 Für notwendig halten wir hierbei den Bürokratieabbau und die Digitalisierung. Wir möchten den
138 Verwaltungsaufwand für Bürger sowie Unternehmen reduzieren und gleichzeitig effizientere
139 Verwaltungsprozesse schaffen. Die Digitalisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle, um
140 Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen.

141 Als Idee für den Bürokratieabbau schlagen wir die Einführung von Typenbaugenehmigungen vor. Durch
142 standardisierte Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren für bestimmte Gebäudetypen können

143 Bauvorhaben beschleunigt und vereinfacht werden. Dies erleichtert sowohl privaten Bauherren als auch
144 der öffentlichen Verwaltung den Bauprozess und reduziert bürokratische Hindernisse.

145 Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger frühzeitig über den Ablauf ihres Personalausweises informiert
146 werden, um rechtzeitig eine Verlängerung oder einen neuen Ausweis beantragen zu können. Dadurch
147 sollen unnötige Verzögerungen und Probleme vermieden werden.

148 Schließlich befürworten wir einen angemessenen Stellenaufwuchs entsprechend der bestehenden
149 Beschlusslage. Eine ausreichende personelle Ausstattung der kommunalen Verwaltungen ist wichtig, um
150 effiziente und qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.
151 Wir unterstützen daher Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die kommunalen Verwaltungen über
152 genügend qualifiziertes Personal verfügen. Wir setzen auf die Digitalisierung und die Verschlinkung der
153 Verwaltung.

154 Wir fordern zudem, dass öffentlich-getragene Gebäude den Ansprüchen der Barrierefreiheit entsprechen
155 (z.B. durch Rampen oder elektrisch-öffnende Türen). Des Weiteren unterstützen wir Konzepte zur sozialen
156 Inklusion, wie den Halle-Pass, sofern es für die Kommune finanzierbar ist und eine aktive, regional
157 angepasste Gleichstellungspolitik, wie die in Halle und Magdeburg beschlossenen Aktionspläne für
158 Gleichstellung.

159

160 **5. Sicherheitspolitik: Für eine sichere Umgebung!**

161

162 Es ist wichtig anzuerkennen, dass die Schwerpunkte in der Sicherheitspolitik regional stark variieren
163 können. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Sicherheitsstrategien und -maßnahmen an die
164 spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse jeder Region angepasst werden.

165 Um die Sicherheitslage zu stärken, setzen wir uns für eine verstärkte Kooperation zwischen dem
166 Ordnungsamt und der Polizei ein. Das Ordnungsamt kann dabei personell die Polizei unterstützen,
167 insbesondere bei Aufgaben, die weniger kriminalistischer Natur sind. Diese Partnerschaft kann zu einer
168 effizienteren Nutzung der Ressourcen führen und dazu beitragen, die Präsenz und Reaktionsfähigkeit in
169 unserer Gemeinschaft zu verbessern.

170 Die Einführung von mobilen Polizeiwachen ist ein weiterer Schritt in Richtung erhöhter Sicherheit. Diese
171 mobilen Einrichtungen können flexibel in verschiedenen Teilen der Region eingesetzt werden, um die

172 sichtbare Präsenz der Polizei zu verstärken. Dies kann dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu
173 stärken und die Möglichkeit für schnelle Reaktionen auf sicherheitsrelevante Ereignisse zu erhöhen.

174

175

6. Umweltpolitik: Für eine lebenswerte Kommune!

176

177 Die Stadtbegrünung hat für uns eine hohe Priorität. Wir möchten nicht nur öffentliche Plätze, sondern
178 auch die Dächer von öffentlichen Gebäuden verstärkt begrünen. Diese Maßnahme trägt zur Verbesserung
179 des Stadtklimas bei, indem sie die Temperatur reguliert, die Luftqualität erhöht und Lebensräume für
180 Pflanzen und Tiere schafft.

181 In Bezug auf Mobilität streben wir innovative Mobilitätskonzepte an. Unsere Vision ist es, nachhaltige und
182 umweltfreundliche Transportmöglichkeiten zu fördern, wie beispielsweise den Ausbau von
183 Fahrradwegen.

184

185 Eine wegweisende Forderung ist die Einführung von Biotopwertverfahren, auch als Ökopunkte bekannt.
186 Diese innovative Herangehensweise bewertet nicht nur monetäre Aspekte, sondern berücksichtigt auch
187 ökologische Werte bei städtebaulichen Projekten. Dadurch wird sichergestellt, dass ökologische
188 Ausgleichsmaßnahmen im Einklang mit städtebaulichen Entwicklungen stehen.

189

190

7. Verkehrspolitik: Ohne Ideologie und Präferenz!

191

192 Wir erkennen die Herausforderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowohl im ländlichen
193 Raum als auch in der Stadt an. Unser Ziel ist es, die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern
194 und nachhaltige Verkehrslösungen zu fördern.

195

196 Im ländlichen Raum ist es oft schwierig, einen flächendeckenden und häufigen ÖPNV anzubieten. Wir
197 möchten die Vernetzung von Verkehrsmitteln fördern und die Bildung von Mobilitätshubs unterstützen.
198 Diese Mobilitätszentren sollen als zentrale Anlaufstellen dienen, an denen mindestens einmal pro Stunde
199 ein Bus oder Zug verkehrt. Zusätzlich sollen dort Mitfahrgelegenheiten, Fahrradverkehr, Rufbusse, E-
200 Scooter, Autos und Mopeds zur Verfügung stehen. Zudem ist es wichtig, eine sichere Abstellmöglichkeit
201 für die verschiedenen Mobilitätsmittel bereitzustellen.

202

203 Die Vernetzung der Verkehrsanbieter ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Durch eine bessere
204 Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verkehrsunternehmen können nahtlose Verbindungen
205 und ein effizienter Austausch von Informationen gewährleistet werden.

206

207 Auch in den Städten möchten wir die Mobilität verbessern. Wir setzen uns für Park-and-Ride-Angebote
208 an den Endhaltestellen des ÖPNV ein und möchten diese kostengünstig anbieten. Gleichzeitig können
209 innerstädtische Parkmöglichkeiten teurer gestaltet werden, um Anreize für die Nutzung des ÖPNV und
210 anderer umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu schaffen.

211

212 Wir lehnen jedoch die Idee einer komplett autofreien Innenstadt ab. Es ist wichtig, eine ausgewogene
213 Verkehrspolitik zu verfolgen, die die Bedürfnisse verschiedener Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Dies
214 beinhaltet die Schaffung sicherer und attraktiver Bedingungen für Fußgänger, Radfahrer und den
215 öffentlichen Verkehr, während gleichzeitig angemessene Parkmöglichkeiten für Autos vorhanden sein
216 sollten.

217

218 Insgesamt setzen wir uns für eine verbesserte Mobilität im ländlichen Raum und in der Stadt ein. Durch
219 die Förderung von Vernetzung, Mobilitätshubs, einer besseren Zusammenarbeit zwischen
220 Verkehrsanbietern und einer ausgewogenen Verkehrspolitik möchten wir nachhaltige und effiziente
221 Mobilitätslösungen schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.

222

223 Wir setzen uns für eine Verkehrsplanung ein, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht wird.
224 Bei Hauptverkehrsadern sehen wir die Notwendigkeit, den Verkehr in die Innenstädte zu erleichtern.
225 Dabei sollte jedoch auch der Radverkehr berücksichtigt werden. Wir möchten den Fahrradverkehr durch
226 die Schaffung von geeigneten Radwegen und Fahrradstraßen auf kleineren Parallelstraßen fördern. Dies
227 ermöglicht eine bessere Verkehrssicherheit und trägt zur Entlastung der Hauptverkehrsadern bei.

228

229 Wir befürworten die Übertragung von Parkplatzgebühren in kommunale Hände. Dies ermöglicht den
230 Kommunen, die Parkplatzpolitik entsprechend ihren Bedürfnissen und Zielen zu gestalten. Dabei sollten
231 die Parkplatzgebühren in bestimmten Größenordnungen festgelegt werden, um eine ausgewogene
232 Nutzung des Parkraums zu fördern und Anreize für alternative Verkehrsmittel zu schaffen. Gleichzeitig ist
233 es wichtig, dass die Parkgebühren angemessen und fair sind, um eine Belastung für die Bürgerinnen und
234 Bürger zu vermeiden. Zudem fordern wir nachfragegesteuerte Parkgebühren.

235

8. Wirtschaftspolitik: Neue Konzepte ohne Regulierung

236

237

238 **Ansiedlung**

239 Wir erkennen den Leerstand als ein Problem in den Innenstädten an und setzen uns für die Entwicklung
240 eines umfassenden Innenstadtskonzepts ein. Um diesem Problem entgegenzuwirken, möchten wir
241 gezielte Investitionen in den Leerstand tätigen. Dies beinhaltet den Ankauf von leerstehenden
242 Immobilien, um sie anschließend kostengünstiger an Unternehmen oder Co-Working Spaces zu
243 vermieten. Durch diese Maßnahmen wollen wir einen Beitrag zur Belebung der Innenstädte leisten und
244 attraktive Arbeits- und Lebensräume schaffen. Ein Möglichkeit sehen wir in progressiven
245 Innenstadtkonzepten, wie in skandinavischen Städten, welche von konsumorientierung weggehen und in
246 Richtung Arbeits- und Aufenthaltsorte gestaltet werden.

247

248 Gleichzeitig fordern wir das Land auf, solche Projekte nicht von der Kommunalaufsicht streichen zu lassen.
249 Es ist wichtig, dass die Kommunen die Möglichkeit haben, Leerstandsprojekte eigenständig umzusetzen
250 und zu verwalten. Bei Bedarf sollten auch Kooperationen mit kommunalen Wohnungsgenossenschaften
251 in Betracht gezogen werden, um eine effektive Nutzung des Leerstands zu gewährleisten.

252

253 Um die Attraktivität des Leerstands zu erhöhen, können ggf. Mietpreiserlasse geprüft werden. Dies würde
254 es den Mietern ermöglichen, kostengünstig Räumlichkeiten im Leerstand zu nutzen und somit die
255 Auslastung zu erhöhen.

256

257 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist ein aktives Leerstandsmanagement. Wir möchten die Leerstände aktiv
258 anbieten und bewerben, um potenzielle Interessenten auf die Möglichkeiten hinzuweisen. Dies kann
259 durch gezielte Marketingmaßnahmen und eine transparente Informationspolitik erfolgen.

260

261 Wir befürworten eine sorgfältige Prüfung der Privatisierung von kommunalen Unternehmen und
262 Unternehmen mit kommunalen Anteilen. Dabei ist es wichtig, eine umfassende Analyse der jeweiligen
263 Situation durchzuführen und die Auswirkungen einer Privatisierung auf die Interessen der Bürger sowie
264 auf die Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu bewerten.

265

266 Wir erkennen die Problematik verfallener Innenstädte an und setzen uns für die Renovierung der
267 historischen Bausstruktur ein. Unser Ansatz besteht darin, die Sanierung und Renovierung bestehender

268 Gebäude vor Neubauten zu priorisieren. Wir sind der Überzeugung, dass die Wiederherstellung und
269 Pflege des historischen Erbes einer Stadt zu ihrer Identität und Attraktivität beiträgt.

270 Um dies zu erreichen, möchten wir ähnliche Förderungen für energetische Sanierungen und
271 Renovierungen bereitstellen, wie sie derzeit für Neubauten angeboten werden.

272

273 Wir setzen uns auch für die Einführung von Business Improvement Districts (BIDs) ein. Business
274 Improvement Districts sind geografische Gebiete, in denen Unternehmen gemeinsam arbeiten, um die
275 Infrastruktur, das Marketing und die Entwicklung zu verbessern. Durch die Einführung von BIDs können
276 lokale Unternehmen enger zusammenarbeiten, um ihre Geschäftsumgebung attraktiver zu gestalten und
277 das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Dies ermöglicht eine effektive Nutzung der Ressourcen und eine
278 gezielte Verbesserung der Geschäftsinfrastruktur, was letztendlich zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
279 und zur Schaffung einer positiven Umgebung für Unternehmen und Bürger beiträgt.

280

281 **Angebote für junge Menschen**

282 Der Wegzug junger Menschen aus der Region hat zur Folge, dass ein Bedarf an zusätzlichen Angeboten
283 entsteht, um die Attraktivität der Region für diese Altersgruppe zu erhöhen.

284 Es ist wichtig festzuhalten, dass lokale Unternehmen oftmals nicht ausreichend von Universitäten und
285 Bildungseinrichtungen angesprochen werden. Hierbei geht es darum, dass die Universitäten und
286 Bildungseinrichtungen nicht ausreichend mit den lokalen Unternehmen zusammenarbeiten, um den
287 Studierenden Möglichkeiten für Praktika, Projekte oder zukünftige Arbeitsplätze zu bieten.

288 Es sollte beachtet werden, dass Unternehmen nicht nur auf Universitäten beschränkt sind, sondern auch
289 in die Schulen involviert werden können. Die Einbindung von Unternehmen in schulische Aktivitäten kann
290 den Schülern Einblicke in die Arbeitswelt ermöglichen und sie auf potenzielle Karrieremöglichkeiten
291 vorbereiten.

292 Die Vermittlung und Koordination dieser Beziehungen zwischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen
293 und Schulen kann durch die Kommune erfolgen. Die Kommune kann als Vermittler auftreten, um
294 sicherzustellen, dass sowohl die Bildungseinrichtungen als auch die Unternehmen in der Region eng
295 zusammenarbeiten. Dies kann dazu beitragen, die lokale Wirtschaft zu stärken, die Bildung der Schüler zu
296 verbessern und letztendlich dazu beitragen, den Wegzug junger Menschen aus der Region zu reduzieren.

297 **Steuern**

298 Wir setzen uns für die Abschaffung sogenannter "Bagatellsteuern" wie Hundesteuer, Bettensteuer,
299 Zweitwohnsteuer und Vergnügungssteuer ein. Diese Steuern können für Bürger sowie Unternehmen eine
300 unnötige finanzielle Belastung darstellen. Wir sind der Ansicht, dass die Abschaffung dieser Steuern zu
301 einer Entlastung der Steuerzahler und zu einer Stärkung der kommunalen Wirtschaft beitragen kann.

302 Wir fordern die Senkung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer auf das gesetzliche Minimum. Dabei
303 setzen wir uns dafür ein, die Grundsteuer auf ein niedrigeres Niveau zu bringen, um die finanzielle
304 Belastung für Haus- und Grundstückseigentümer zu reduzieren. Gleichzeitig streben wir an, die
305 Gewerbesteuer zu senken, um lokale Unternehmen zu entlasten und somit die Geschäftstätigkeit und die
306 wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region zu fördern. Durch diese Maßnahmen wollen wir die
307 Steuerlast für Bürger und Unternehmen verringern und positive Impulse für die lokale Wirtschaft setzen.

308 Im Allgemeinen lehnen wir die Erhöhung von Steuern ab. Wir möchten die Hebesätze entsprechend
309 anpassen, um eine moderate und gerechte Besteuerung sicherzustellen. Neue Steuern, wie die
310 Verpackungssteuer, lehnen wir ab.

311

312

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A 01: Für neue Wege in der Psychotherapie

Antragsteller: **Landesarbeitskreis**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern, den Zugang zu Drogen für medizinische Forschungszwecke
2 und therapeutische Anwendungen deutlich zu erleichtern. Es hat sich gezeigt, dass Drogen, wie bspw. LSD,
3 MDMA oder Psilocybin, durchaus gute Mittel sein können, um unterstützend in der Psychotherapie
4 angewandt zu werden.

5 Hierzu sollen potenzielle Substanzen einer Neubewertung unterzogen werden. Ziel soll es sein,
6 mittelfristig neue und effektive psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten entwickeln und
7 anbieten zu können.

8

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A 02: Papierlose Arbeitsweise in der Landesregierung

Antragsteller: **Konstantin Pott**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Junge Liberale Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung dazu auf, eine papierlose Arbeitsweise
- 2 einzuführen. Begonnen werden soll bei den Ministerbüros.

Begründung:

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Möglichkeiten, die Arbeitsweise in der Verwaltung effizienter und umweltbewusster zu gestalten. Eine papierlose Arbeitsweise könnte dazu beitragen, den Verbrauch von Papier, Druckertinte und Energie zu reduzieren. Zudem wäre es einfacher, Dokumente zu archivieren und zu suchen, wenn sie digital vorliegen.

Die Ministerinnen und Minister haben eine Vorbildfunktion. Es ist inakzeptabel, wenn eingescannte Einladungen erneut ausgedruckt werden, Haushaltspläne in mehrfachen Ausführungen ausgedruckt werden usw. In der Digitalisierung werden wir nur vorankommen, wenn die Regierung das umsetzt, was sie selbst von anderen fordert. Eine digitale Arbeitsweise ist hier das Minimum und spart massive Kosten.

Dies kann nur ein Anfang sein, aber ein konkreter Ansatzpunkt, um endlich voranzukommen.

A 03: Lebensmittelverschwendung eindämmen, Selbstbestimmung beim Einkauf

Antragsteller: **Regionalverband Magdeburg**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Wir Junge Liberale Sachsen-Anhalt fordern, dass von den unten genannten Lebensmitteln das
2 Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) endgültig verbannt wird, um unnötige Lebensmittelverschwendung zu
3 verringern. Laut der europäischen Verordnung Nr. 1169/2011 benötigen folgende Lebensmittel kein MHD:

- 4 • frisches Obst und Gemüse – einschließlich Kartoffeln -, das nicht geschält, geschnitten oder auf
5 ähnliche Weise behandelt worden ist; diese Ausnahmeregelung gilt nicht für Keime von Samen und
6 ähnliche Erzeugnisse, wie Sprossen und Hülsenfrüchten;
- 7 • Wein, Likörwein, Schaumwein, aromatisiertem Wein und ähnliche Erzeugnisse aus anderen
8 Früchten als Weintrauben sowie aus Weintrauben oder Traubenmost gewonnenen Getränken des
9 KN-Codes 2206 00;
- 10 • Getränken mit einem Alkoholgehalt von 10 oder mehr Volumenprozent; Backwaren, die ihrer Art
11 nach normalerweise innerhalb von 24 Stunden nach der Herstellung verzehrt werden;
- 12 • Essig;
- 13 • Speisesalz;
- 14 • Zucker in fester Form;
- 15 • Zuckerwaren, die fast nur aus Zuckerarten mit Aromastoffen und/oder Farbstoffen bestehen;
- 16 • Kaugummi und ähnliche Erzeugnisse zum Kauen.

17 Ferner fordern wir, dass folgende Produkte der obenstehenden Liste hinzugefügt werden:

- 18 • Tee, Kaffeebohnen und -pulver, Reis, Mehl, Nudeln sowie Mineralwasser in Glasflaschen.

19 Des Weiteren fordern wir, dass Produkte mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum, in
20 gekennzeichneten Bereichen, weiterverkauft werden dürfen, um der Lebensmittelverschwendung
21 entgegenzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A 04: Gebührenfreier Personalausweis statt eines kassierenden Bürokratiestaates

Antragsteller: **Regionalverband Magdeburg**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Region Magdeburg fordern das Abschaffen der Gebühren, die bei dem Erstellen eines
2 Personalausweises in jenen Fällen anfallen, in denen es der Staat vom Bürger verlangt, diesen zu
3 erwerben. Dies betrifft die Fälle der Erstaussstellung des Personalausweises sowie die Erneuerung nach
4 Ablauf dessen Gültigkeit. Nach Verlust ist die erneute Ausstellung des Ausweisdokuments vom Bürger
5 selbst zu tragen. Die Kosten des Ausweiswesens sind dabei vollständig vom Bund zu tragen und anfallende
6 Kosten für die ausstellende Behörde zu erstatten.

7

8 Des Weiteren soll es ermöglicht werden, den Personalausweis bei Erneuerung komplett online zu
9 beantragen. Die Identifikation erfolgt persönlich bei der Abholung.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A 05: Die Farbe deiner Parkscheibe ist...uns doch egal!

Antragsteller: **Regionalverband Magdeburg**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern die Streichung der Vorschrift, dass die Parkscheibe stets die
- 2 Farbe Blau haben muss.

Begründung:

erfolgt mündlich

A 06: Auf den Inflation Reduction Act mit Marktwirtschaft und Freihandel antworten

Antragsteller: **Josef Hebeda**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Mit dem Inflation Reduction Act bringen die USA die EU in Zugzwang. In Teilen geht die EU-Kommission
2 dabei auf Abwegen. So will sie die Beihilferegeln zur Subventionierung, sogenannte grüne
3 Technologien lockern und Produktionsziele für Wind- und Solarkraftanlagen vorgeben. Wir halten diese
4 Maßnahmen für problematisch. Stattdessen fordern die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt:

5

6 2. eine Verständigung der EU-Mitgliedstaaten auf einen einheitlichen Maximalmehrwertsteuersatz

7 3. Einrichtung von Chancenregionen in vom Strukturwandel betroffenen Regionen EU-weit

8 4. einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten und weiterer Abkommen

9 sowie strategischer Partnerschaften, insbesondere mit Staaten Südostasiens, um einen

10 vereinfachten Zugang zu Wachstumsmärkten sowie zu strategisch wichtigen Rohstoffen, wie

11 seltenen Erden zu erhalten

12 5. Wiederbelebung der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP

13

14 Wir begrüßen jedoch, dass die EU gemeinsam mit den USA eine Task Force gebildet hat, um gemeinsame

15 Lösungen zu erarbeiten, die negative Effekte für die EU-Staaten abgeschwächt und verhindert. Zudem

16 begrüßen wir die Vorschläge der EU-Kommission, einen regulatorischen Rahmen zu entwickeln, um

17 Zulassungsverfahren besonders im Bereich grüner Technologien zu vereinfachen und zu beschleunigen,

18 sowie Standards zu entwickeln, um ein Scaling-up neuer Technologien zu ermöglichen. Diese Maßnahmen

19 dürfen jedoch nicht marktverzerrend wirken.

20

21 Statt Gelder der Mitgliedstaaten zur Förderung von Forschung und Entwicklung in einzelnen

22 Industriezweigen zu verwenden, sollte auf EU-Ebene ein Rahmenwerk für den vereinfachten Zugang zu

23 Wagniskapital, insbesondere für KMU sowie Start-ups entwickelt werden. Dieses Rahmenwerk soll allen

24 Industriezweigen gleichermaßen den Zugang erleichtern. Vor diesem Hintergrund ist die Taxonomie-

25 Verordnung der Europäischen Union zu vereinfachen, oder ganz abzuschaffen.

Begründung:

Mit Steuergutschriften für Investitionen in CO2-arme Produktion, einem Fonds zur Finanzierung emissionsarmer Technologien, verstärkter Endfertigung in den USA und weiteren Subventionsmaßnahmen bringt der Inflation Reduction Act die Europäische Union unter Handlungsdruck. Der verbreitete Ruf nach protektionistischen Maßnahmen auf Seiten der EU ist genau der falsche Weg. Aus unserer Sicht muss die Europäische Union mit mehr Wettbewerbsfähigkeit antworten, um in Schlüsseltechnologien zukünftig Spitzenreiter zu werden. Daher sprechen wir uns dafür aus, mehr Markt zu wagen und den internationalen Handel zu beleben.

A 07: Geschenk ist geschenkt – Gegen eine Besteuerung von Schenkung und Erbschaft

Antragsteller: **Jonas Liebing**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern die restlose Abschaffung der Erbschafts- und
- 2 Schenkungssteuer in Deutschland.

Begründung:

Die Erhebung einer Erbschaftssteuer soll den Zweck haben, Vermögenskonzentration zu verhindern und somit Chancengleichheit schaffen. Empirisch zeigt sich jedoch, dass die Erhebung keine große Auswirkung auf die Chancengleichheit hat, da diese durch verschiedene strukturelle Gegebenheiten bedingt ist

Eines der Länder, dem die höchste Chancengleichheit zugeschrieben wird ist das Königreich Schweden, welches seine Erbschaftssteuer 2004 abgeschafft hat. Dort wird ist ein sehr offenes Bildungssystem ausschlaggebend für die Chancengleichheit.

Da die Erbschaftssteuer somit ihren Zweck nicht erfüllt und als Eingriff in den letzten Willen eines Individuums aus liberaler Sicht unethisch ist, sollte man die Abschaffung fordern.

A 08: Und der Markt macht es doch allein – Gegen eine Buchpreisbindung

Antragsteller: **Jonas Liebing**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern die Aufhebung der Buchpreisbindung und wollen, dass die
- 2 Bildung von Buchpreisen rein durch marktwirtschaftlich Prozesse geschieht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A 09: Grundlagen für den zügigen Ausbau von Ladeinfrastruktur im städtischen Gebiet schaffen - Markt und Anreize statt Verbote und Vorgaben

Antragsteller: **Kreisverband Halle (Saale)**

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

1 Aufgrund eines anzunehmenden erhöhten Bedarfs an Ladeinfrastruktur für elektrifizierte Fahrzeuge, steht
2 das Stromnetz insbesondere lokal vor neuen Anforderungen. Bereits bei sogenannten Normalladepunkten
3 wird eine Ladeleistung von 22 kW notwendig. Mit der Einrichtung von Schnellladestationen würden diese
4 Anforderungen weiter steigen. Das wesentliche Problem ist insofern die erhöhte Anzahl an
5 Ladevorgängen, die das Stromnetz künftig belasten werden. Wir fordern daher, dass ein gezielter und
6 synchroner Netzausbau zum Ausbau der Ladeinfrastruktur, insbesondere in Städten stattfindet. Für den
7 gezielten Netzausbau soll das Landesverkehrsministerium Empfehlungen erarbeiten, die Städten und
8 Kommunen an die Hand gegeben werden können, um das Stromnetz entsprechend der Bedürfnisse
9 synchron zum Aufbau der Ladeinfrastruktur aufzubauen. Darin sollte insbesondere enthalten sein, welche
10 Anforderungen an das städtische Stromnetz durch den Ausbau von Ladeinfrastruktur gestellt werden.
11 Dem Staat, mit seinen föderalen Untergliederungen, kommt an dieser Stelle in erster Linie der Ausbau der
12 notwendigen Infrastruktur in Form der Stromnetze zu. Am Ende kommt aber die Hauptaufgabe den
13 Unternehmen zu. Insofern begrüßen wir Projekte, wie das derzeit von mehreren halleschen Unternehmen
14 durchgeführte Pilotprojekt zum Smart Charging. Unternehmensinitiativen wie diese sind zukünftig von der
15 Politik zu unterstützen. Insbesondere auf kommunaler Eben fordern wir eine enge Zusammenarbeit und
16 Vernetzung der Verwaltung und Politik mit den Akteuren entsprechender Initiativen. Darüber hinaus
17 fordern wir die Kommunen auf, entsprechende Initiativen anstoßen, beispielsweise in Form Runder Tische,
18 um die Vernetzung voranzutreiben. Nur durch eine enge Vernetzung der Akteure können notwendige
19 Schritte, wie das Einrichten einer intelligenten Ladeinfrastruktur gewährleistet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragssteller:

Status: angenommen abgelehnt verwiesen an: _____

Änderungsantrag zu Antrag Nr.: _____

Der Landeskongress möge beschließen:

- 1 _____
- 2 _____
- 3 _____
- 4 _____
- 5 _____
- 6 _____
- 7 _____
- 8 _____
- 9 _____
- 10 _____
- 11 _____
- 12 _____
- 13 _____
- 14 _____
- 15 _____
- 16 _____
- 17 _____
- 18 _____
- 19 _____

